

**Befragung zum Entwurf des  
Klimaschutzprogramms für die Zielsetzung  
„Tübingen klimaneutral 2030“**

**Kurzbericht**



**INSTITUT SCHREIER**

Umfragen und Analysen

# Inhaltsverzeichnis

I. Anlass und Erhebungsdurchführung	1
II. Teilnahme	1
III. Befragungsergebnisse	3
III.1 Wärme	3
III.2 Strom	4
III.3 Mobilität	5
IV. Zusammenfassung	6

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung Stadtgebiete in repräsentativer und selbstselektiver Stichprobe	2
Abbildung 2: Bewertung Maßnahmvorschläge Wärme (I)	3
Abbildung 3: Bewertung Maßnahmvorschläge Wärme (II)	3
Abbildung 4: Bewertung Maßnahmvorschläge im Bereich Strom (I)	4
Abbildung 5: Bewertungen Maßnahmvorschläge im Bereich Strom (II)	4
Abbildung 6: Bewertung Maßnahmvorschläge im Bereich Mobilität (I)	5
Abbildung 7: Bewertung Maßnahmvorschläge im Bereich Mobilität (II)	5

## I. Anlass und Erhebungsdurchführung

Die Universitätsstadt Tübingen verfolgt die Zielsetzung, bis 2030 bei den energiebedingten THG-Emissionen klimaneutral zu werden. Zur Erreichung dieses Ziels wurden Vorschläge für Maßnahmen für die Bereiche Wärme, Strom und Mobilität erarbeitet. Unter einer umfangreichen Einbeziehung der Einwohnerschaft Tübingens sollen diese Maßnahmenvorschläge diskutiert und verbessert werden. Als Teil des Bürgerdialogs wurde im Auftrag der Stadt Tübingen eine Onlineumfrage durchgeführt, die in drei Einzelbefragungen aufgeteilt war, gemäß den thematischen Bereichen. Für eine Repräsentativbefragung wurden 2.000 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürgern im Alter ab 16 Jahren gebeten, im Zeitraum zwischen 22. Juni und 6. Juli 2020 die vorgeschlagenen Maßnahmen zu bewerten. Die ausgewählten Personen wurden durch ein Anschreiben des Oberbürgermeisters zur Teilnahme an der Befragung eingeladen. Zur Verhinderung von Mehrfachteilnahmen enthielt jedes Anschreiben einen individuellen Zugangscode für die Befragungen.

Ergänzend wurde auch Bürgerinnen und Bürgern, die nicht für die Repräsentativbefragung ausgewählt worden waren, eine Teilnahme an der Befragung ermöglicht. Hierzu wurde über Pressemitteilungen und Hinweise auf der Homepage der Stadt informiert.

Den Teilnehmenden war es freigestellt, alle Teilbefragungen (Strom, Wärme, Mobilität) zu bearbeiten oder nur die Fragen zu einzelnen Bereichen. Auf Wunsch wurden die Fragebögen in Papierform zur Verfügung gestellt, so dass auch Personen ohne Internetzugang teilnehmen konnten. Organisatorisch wurde die Befragung so umgesetzt, dass die Anonymität der Befragungsteilnehmer zu jeder Zeit gewährleistet war.

## II. Teilnahme

Von den 2.000 für die Repräsentativbefragung ausgewählten Einwohner/-innen der Stadt Tübingen haben 303 an der Befragung teilgenommen und mindestens die Fragen zu einem der drei thematischen Bereiche beantwortet. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 15,2%. Diese Rücklaufquote ist insgesamt gut für eine Kombination aus schriftlicher Einladung und Online-Befragung. Je nach Thematik und Hintergrund sind Teilnahmequoten zwischen 5% und 20% üblich.

Zusätzlich zur Repräsentativstichprobe kommen 125 Fragebögen zum Thema Strom, 134 zum Thema Wärme und 129 zum Thema Mobilität. Da in dieser sogenannten

„selbstselektiven Stichprobe“ der Zugang zur Befragung mit einem einheitlichen Zugangscodes für alle Teilnehmer/-innen erfolgte, kann nicht nachvollzogen werden, ob die drei Fragebögen jeweils von denselben Personen ausgefüllt wurden. Vermutlich dürfte dies mehrheitlich der Fall sein.

In Abbildung 1 sind die Anteile der Befragungsteilnehmer nach Stadtteilen differenziert dargestellt. In der Repräsentativbefragung werden die Bevölkerungsanteile je Stadtteil sehr gut abgebildet, in der selbstselektiven Stichprobe sind v. a. die Südstadt und Weilheim überrepräsentiert.

**In welchem Stadtteil von Tübingen wohnen Sie?**

Datenbasis: alle Befragten

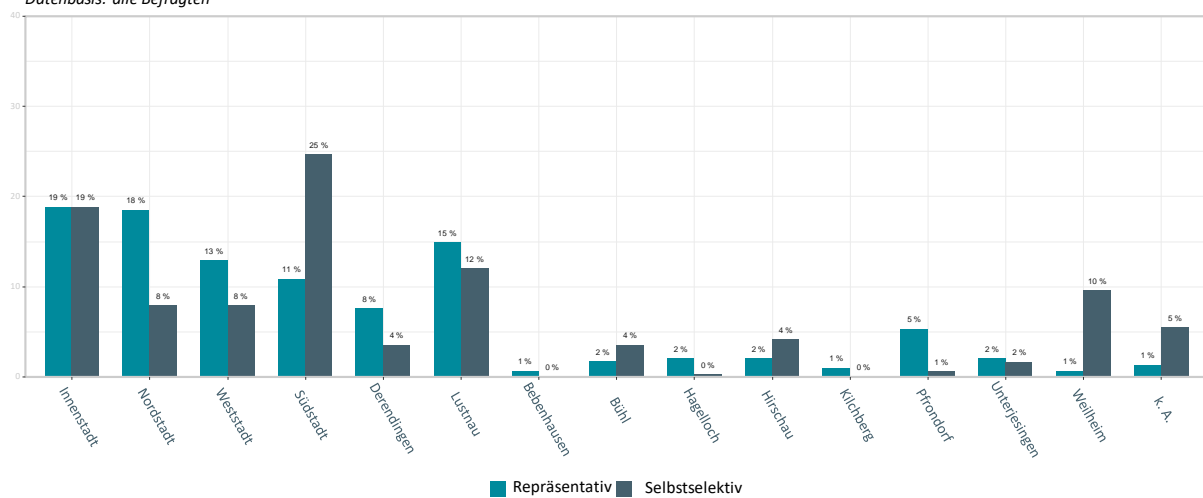


Abbildung 1: Verteilung Stadtgebiete in repräsentativer und selbstselektiver Stichprobe

Im Vergleich zur Einwohnerschaft Tübingens sind in der Stichprobe „repräsentativ“ Männer geringfügig häufiger vertreten (51,7% in der Stichprobe vs. 47,5% in der Einwohnerschaft). In der selbstselektiven Stichprobe ist der Männeranteil mit 61% deutlich höher. Hinsichtlich der Altersverteilung gibt es nur geringe Unterschiede zwischen den beiden Stichproben.

Den nachfolgend dargestellten Ergebnissen liegen jeweils die Daten der Repräsentativstichprobe zugrunde. Eine Darstellung der Antwortverteilungen für beide Stichproben ist in der ergänzenden PowerPoint-Präsentation enthalten (siehe unter [www.tuebingen.de/klimaneutral2030](http://www.tuebingen.de/klimaneutral2030)).

## III. Befragungsergebnisse

### III.1 Wärme

In Abbildung 2 und Abbildung 3 sind die Bewertungen der im Bereich Wärme behandelten Maßnahmenvorschläge abgebildet.

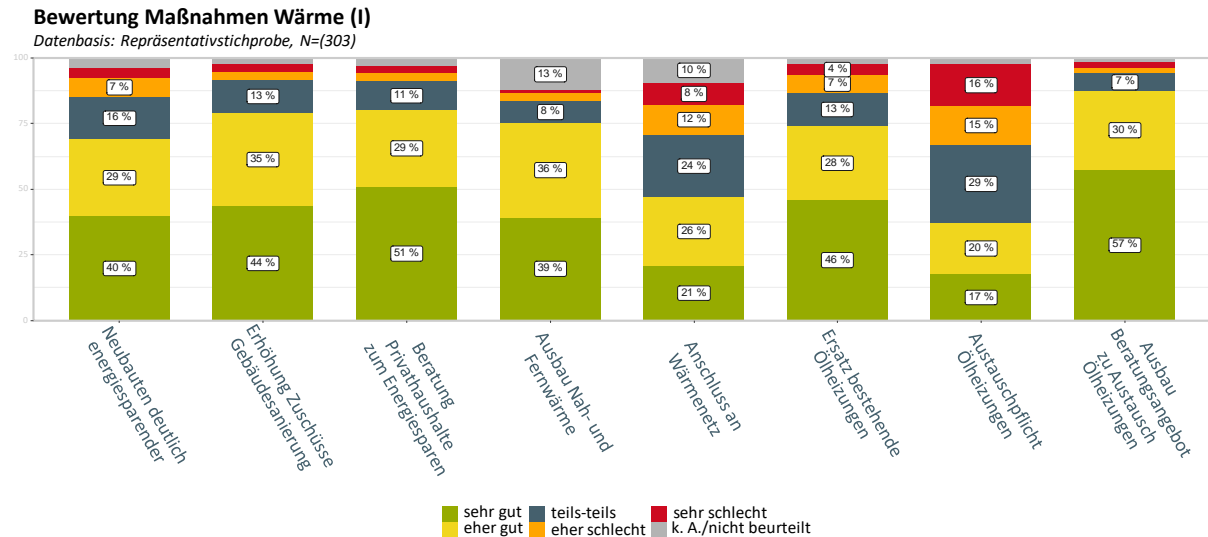


Abbildung 2: Bewertung Maßnahmenvorschläge Wärme (I)

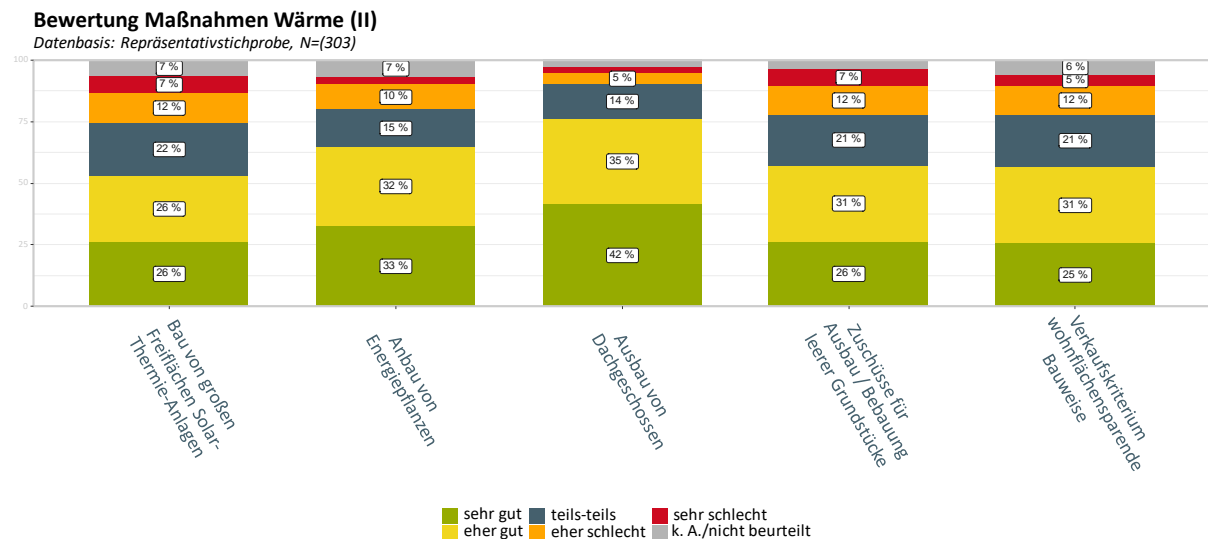


Abbildung 3: Bewertung Maßnahmenvorschläge Wärme (II)

Am besten wird der Maßnahmenvorschlag bewertet, Beratungsangebote zum Austausch von Ölheizungen auszubauen (Anteil „sehr gut“: 57%). Ebenfalls sehr hohe Zustimmungswerte erhalten Beratungen für Privathaushalte zum Energiesparen (Anteil „sehr gut“: 51%).

Geringe Zustimmungswerte erhalten hingegen die Maßnahmenvorschläge „Austauschpflicht für Ölheizungen“ („sehr gut“: 17%, „sehr schlecht“: 16%) sowie der Vorschlag einer Anschlusspflicht an ein Fernwärmenetz, sofern eine Ölheizung zu ersetzen ist („sehr gut“: 21% sehr gut, „sehr schlecht“: 8%).

### III.2 Strom

In Abbildung 4 und Abbildung 5 sind die Bewertungen der Maßnahmenvorschläge für den Bereich Strom abgebildet.

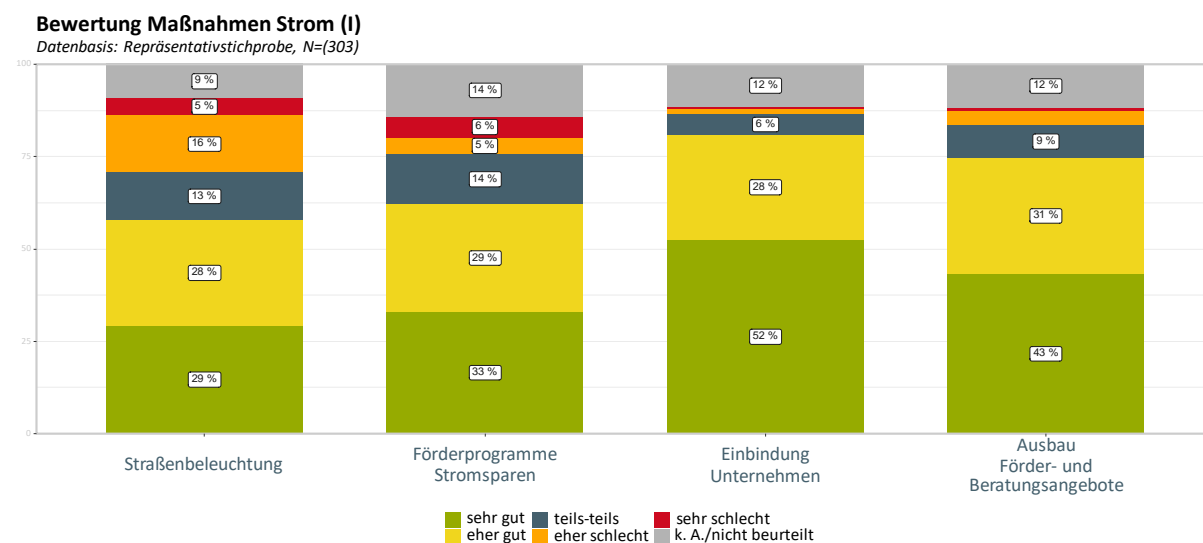


Abbildung 4: Bewertung Maßnahmenvorschläge im Bereich Strom (I)

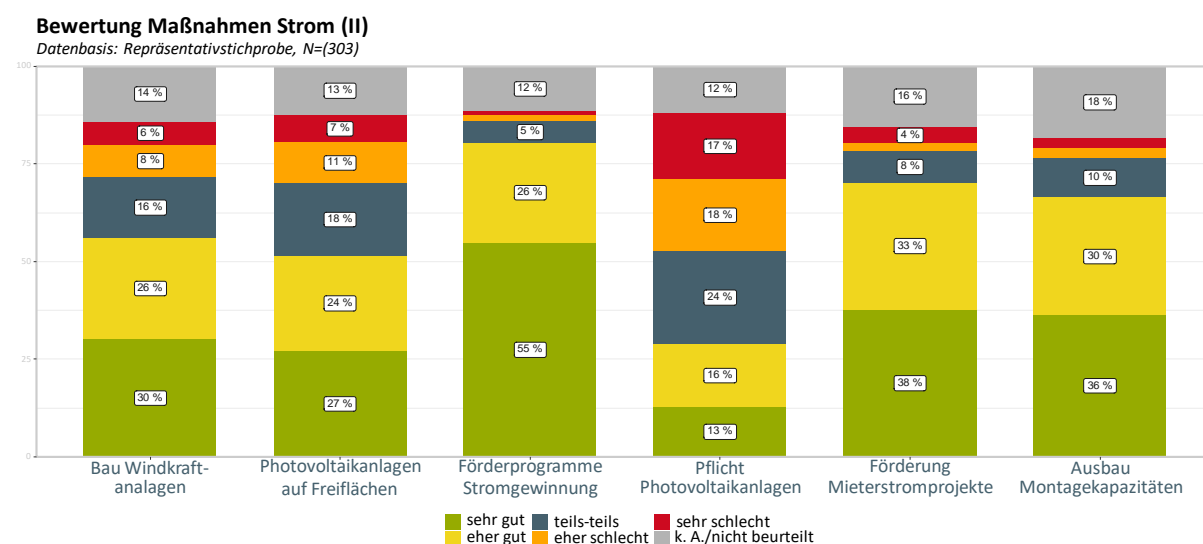


Abbildung 5: Bewertungen Maßnahmenvorschläge im Bereich Strom (II)

Positiv bewertet werden hier v. a. die Vorschläge eines lokalen Förderprogramms zur Gewinnung von mehr Flächen für die Erzeugung von Solarstrom („sehr gut“: 55%) und

die verstärkte Einbindung Tübinger Unternehmen und Institutionen in eine Stromsparstrategie (52% „sehr gut“).

Auf mehrheitliche Ablehnung stößt hingegen der Maßnahmenvorschlag, die Ausstattung bestehender Gebäude mit Photovoltaikanlagen verpflichtend zu machen (13% „sehr gut“ vs. 17% „sehr schlecht“, größte Kategorie ist „teils-teils“ mit 24%).

### III.3 Mobilität

In Abbildung 2 und Abbildung 3 sind die Bewertungen der Maßnahmenvorschläge für den Bereich Mobilität abgebildet.

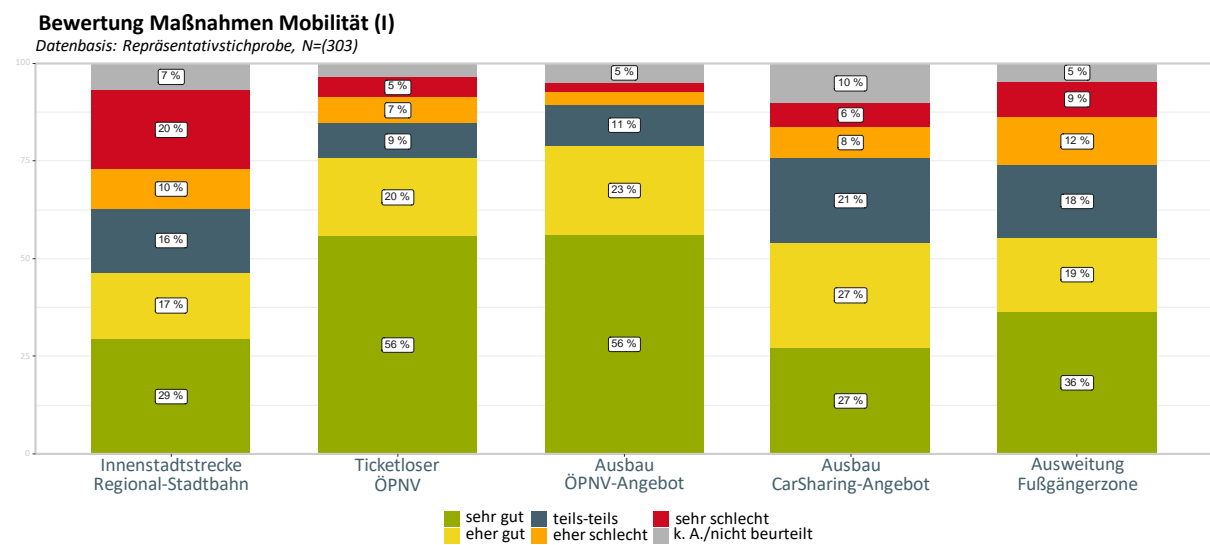


Abbildung 6: Bewertung Maßnahmenvorschläge im Bereich Mobilität (I)

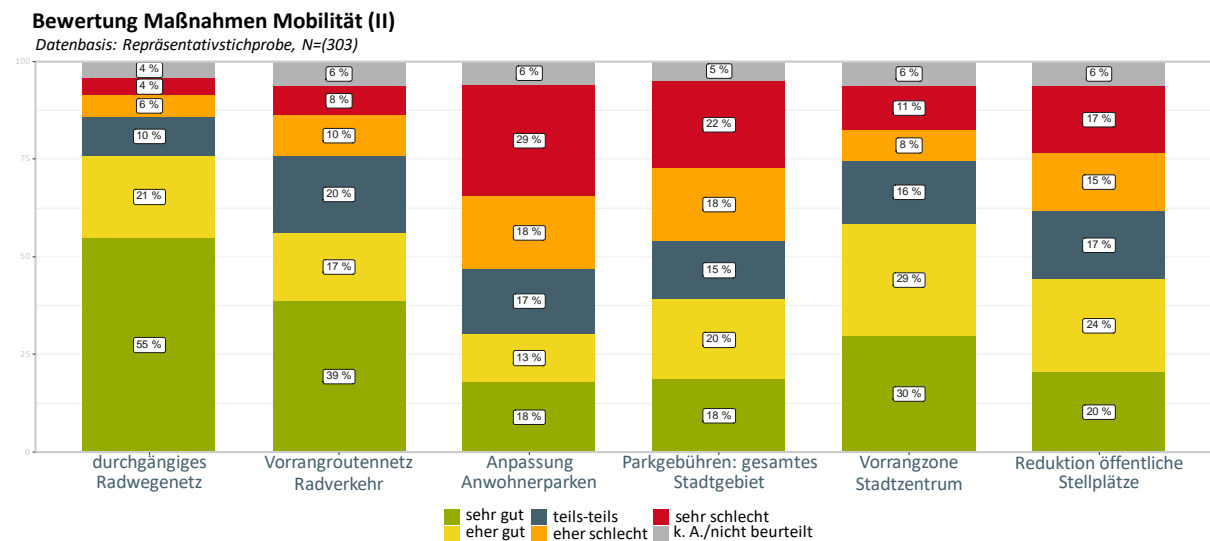


Abbildung 7: Bewertung Maßnahmenvorschläge im Bereich Mobilität (II)

Im Bereich Mobilität gibt es große Differenzen zwischen den Einzelthemen. Zu den deutlich positiv bewerteten Maßnahmenvorschläge zählen die Einführung eines ticketlosen ÖPNV und der Ausbau des ÖPNV um 50% (jeweils 56% „sehr gut“) sowie die Einführung eines durchgängigen Radwegenetzes (55% „sehr gut“).

Auf größere Ablehnung stoßen hingegen die Vorschläge zur Anpassung der Parkgebühren für Anwohner (29% „sehr schlecht“) und zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf das gesamte Stadtgebiet (22% „sehr schlecht“). Bezüglich der Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn (20% „sehr schlecht“) sowie der Reduktion der Zahl öffentlicher Stellplätze zugunsten des Radverkehrs und des Fußverkehrs (17% „sehr schlecht“) zeigt sich eine Polarisierung der Befragten, jeweils mit höheren Anteilen zustimmender Nennungen.

## **IV. Zusammenfassung**

Insgesamt werden die vorgeschlagenen Maßnahmen positiv bewertet. Nur drei der abgefragten 34 Maßnahmen erhalten von mehr Befragten eine Bewertung in den Kategorien „sehr schlecht“ und „eher schlecht“ als in den Kategorien „sehr gut“ und „eher gut“. Weiterführende Analysen haben zudem ergeben, dass nur in Einzelfällen Befragungsteilnehmer/-innen durchweg alle zu bewertenden Maßnahmenvorschläge ablehnen.

Als Grundtendenz lässt sich festhalten, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen eher positiver bewertet werden, je weniger direkt diese die Befragten selbst betreffen und je weniger verpflichtend die Maßnahmenvorschläge sind. So werden z. B. Beratungsangebote oder eine verstärkte Einbindung von Unternehmen und Institutionen grundsätzlich positiv, die Ausweitung bzw. Erhöhung von Parkgebühren, eine Reduktion von Stellplätzen oder die Pflicht zum Austausch von Ölheizungen eher negativ bewertet.

Dies führt auch zu deutlichen Diskrepanzen in der Bewertung inhaltlich verwandter bzw. inhaltlich zusammenhängender Maßnahmen. Beispiele hierfür sind etwa die deutlich positivere Bewertung eines Ausbaus des Nah- und Fernwärmenetzes (35% „sehr gut“, 36% „eher gut“) im Vergleich zur deutlich weniger positiven Bewertung einer Anschlusspflicht von Gebäuden als Ersatz für eine ausgediente Ölheizung (21% „sehr gut“, 26% „eher gut“); oder die positive Bewertung der Schaffung eines durchgängigen Radwegenetzes im Gegensatz zu einer erheblich schlechteren Bewertung der Reduktion von Pkw-Stellplätzen zugunsten des Radverkehrs.